



Resolution Bündnis Gesundheit 2000

Verabschiedet auf dem Bündnistag am 4. Dezember 2013 in Berlin

Das Bündnis Gesundheit 2000 repräsentiert die Gesundheitsberufe in Deutschland und spricht für die rund fünf Millionen direkt und indirekt Beschäftigten im Gesundheitswesen. All diese Menschen in den Gesundheitsberufen kämpfen schon heute mit den Folgen einer steigenden Behandlungs- und Pflegebedürftigkeit der Bevölkerung. Sie leiden deshalb schon seit Jahren unter einer erheblichen Leistungsverdichtung, die mit zum Teil gravierenden Nachwuchsproblemen und einer nach wie vor unzureichenden Wertschätzung und Honorierung ihrer Arbeit verbunden ist.

Wenn eine Große Koalition nun die immensen Herausforderungen in unserem Gesundheitswesen ernsthaft angehen will, dann muss sie Engagement und Motivation der Gesundheitsberufe stärken und darf auf deren Sachverstand und Erfahrung in der Patientenbehandlung und -betreuung nicht verzichten. Die Gesundheitsberufe sind bereit für einen strukturierten, kontinuierlichen Dialog mit den verantwortlichen Politikern der neuen Regierungskoalition.

Für die Gesundheitsberufe sind nachfolgende Punkte bei der künftigen Gesetzgebung unbedingt zu berücksichtigen.

Bündnis Gesundheit 2000

c/o Pressestelle der deutschen Ärzteschaft, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin
Tel. (030) 4004 56 700; Fax: (030) 4004 56 707

GKV zukunftsfest machen

Es darf nicht allein von der Konjunktur abhängen, ob für die Refinanzierung der Ausgaben im Gesundheitswesen ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Deshalb lehnen wir die Verminderung des Steuerzuschusses ab. Notwendig ist vielmehr eine Weiterentwicklung des dualen Krankenversicherungssystems, die dem demografischen Wandel und dem medizinischen wie pflegerischen Fortschritt Rechnung trägt. Um die finanziellen Folgen der zukünftigen demografischen Entwicklung abzufedern, müssen neue Modelle für mehr Generationengerechtigkeit erprobt werden.

Finanzielle Ausstattung den gesellschaftlichen Herausforderungen anpassen

Unsere Gesellschaft verändert sich. Traditionelle Strukturen sind diesem Wandel unterworfen. Gleichzeitig sind immer mehr Menschen in einer älter werdenden Gesellschaft von chronischen Krankheiten betroffen. Damit einhergehen neue Möglichkeiten in der Behandlung der Menschen. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, dass die von dieser Gesellschaft als Wert geschätzte wohnortnahe und flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung gesichert wird. Die finanzielle Ausstattung muss deshalb verbessert und den Herausforderungen angepasst werden. Es darf nicht sein, dass auf dem Rücken der Gesundheitsberufe und zu Lasten der Patienten gespart wird.

Ambulante und stationäre Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, den steigenden Kosten und den Anforderungen des Strukturwandels in der medizinischen Versorgung adäquat begegnen zu können. Die Krankenhäuser müssen dringend notwendige Investitionen vornehmen können, ohne dass sie dafür finanzielle Mittel aus der Patientenversorgung abzweigen müssen. Aber auch im niedergelassenen Bereich muss die Vergütung notwendige Investitionen ermöglichen können. Ebenso unzumutbar ist, dass alle Gesundheitsberufe im ambulanten wie im stationären Bereich dauerhaft Millionen von

unbezahlten Arbeitsstunden leisten müssen - und das bei zum Teil niedriger Grundvergütung.

Therapiefreiheit statt Bürokratiezwang

Die freie Wahl des Arztes oder Therapeuten ist ein hohes Gut der Patientinnen und Patienten und Voraussetzung für ein freiheitliches Gesundheitswesen. Seit Jahren aber sehen sich die Berufe im Gesundheitswesen einer unüberschaubaren Zahl gesetzlicher und untergesetzlicher Regelungen gegenüber. Nach dem neuen Koalitionsvertrag soll die mittelbare Staatsintervention und Kontrollbürokratie im Gesundheitswesen sogar noch ausgebaut werden.

Diese zunehmende Überregulierung unseres Gesundheitssystems führt dazu, dass die im Gesundheitswesen Beschäftigten immer weniger Zeit für ihre ureigene Aufgabe haben, dem Dienst am Patienten. Wir fordern die neue Bundesregierung auf, die weitere Verrechtlichung in unserem Gesundheitswesen zu beenden und den notwendigen Raum für Therapiefreiheit und verantwortliche Patientenbetreuung wiederherzustellen. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass die Entscheidungsautonomie der Gesundheitsberufe auch in Tariffragen unangetastet bleibt.

Fachkräftemangel mildern

Der Fachkräftemangel ist keine Prognose mehr, sondern längst Realität in deutschen Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Praxen. Es fehlen nicht nur in den Krankenhäusern zunehmend Ärzte, Pflegepersonal und andere qualifizierte Gesundheitsberufe. Arbeitgeber treten zunehmend in Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs. Diese Situation wird sich erst dann grundlegend ändern, wenn sich auch die

beruflichen Rahmenbedingungen ändern. Dabei geht es nicht nur um Geld: Die Gesundheitsberufe müssen attraktiver werden, nur dann können wir wieder mehr junge Menschen für eine Arbeit mit dem Patienten begeistern.

Mehr familienfreundliche Arbeitsplätze

Individuelle Arbeitszeitmodelle ermöglichen es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Krankenhäusern, ihre Arbeit lebensphasenorientiert auszugestalten und zu planen. Dadurch wird die Arbeitszufriedenheit erhöht, der Wiedereinstieg nach Mutterschutz und Elternzeit erleichtert, die Attraktivität der kurativen ärztlichen als auch pflegerischen Tätigkeit gesteigert und eine Abwanderung der Fachkräfte in andere berufliche Felder verhindert. Angesichts des schon jetzt vielfach beklagten Fachkräftemangels müssen Politiker wie Arbeitgeber neue Wege in der Gestaltung familienfreundlicher Arbeitsplätze wie auch individueller Arbeitszeitmodelle gehen.

Prävention stärken

Deutschland braucht eine bessere Gesundheitsvorsorge, die die bestehenden Vorsorgeuntersuchungen nicht mehr allein auf die Entdeckung von Frühsymptomen für definierte Zielerkrankungen beschränkt. Wir müssen Versorgungsdefizite frühzeitig erkennen und die Betreuung von Risikogruppen intensivieren. Wir müssen weg kommen von rein krankheitsorientierten Strukturen, Prozessen und Vergütungen und hin zu einem mehr gesundheitsfördernden Ansatz.

Wir fordern die neue Bundesregierung auf, die Finanzierung von Gesundheitsangeboten nicht allein von der Haushaltslage der Krankenkassen abhängig zu machen. Nur so haben patientenbezogene Maßnahmen Erfolg und Chancen. Es ist deshalb wichtig, die Expertise

der Gesundheitsberufe bei der Erstellung von Bewertungskriterien für die Maßnahmen sowie der Überprüfung der Sinnhaftigkeit von Präventionsmaßnahmen miteinzubeziehen.

Qualitätsstandards der Gesundheitsberufe statt Industrie-Normierung

Die Gesundheitsberufe warnen vor EU-Plänen, medizinische Verfahren durch nichtmedizinische Industrienormungs-Institutionen festzuschreiben. Diese Einrichtungen verfügen weder über die notwendigen technischen und berufsethischen Kompetenzen, vor allem aber besitzen sie kein öffentliches Mandat. Das Gesundheitswesen braucht Qualitätsstandards, die auf einer soliden Evidenz beruhen und ethisch verantwortbar sind. Der Versuch, durch europäische oder nationale Normenerstellung medizinische Dienstleistungen für Patienten definieren zu wollen, muss gesetzlich unterbunden werden.